

## **Sind Rechtsextremismus, Neofaschismus und Antisemitismus auch in Mittel- und Osteuropa eine „Normalität“?**

*von Prof. Dr. habil. Karl-Heinz Gräfe*

Seit der Systemtransformation, der Ausbildung von politischem Pluralismus und dem Übergang von der staatlichen Zentralwirtschaft zur freien Marktwirtschaft gehören rechtsextremistische Parteien, Organisationen und Bewegungen zwischen Berlin und Moskau, Warschau und Bukarest, Prag und Budapest zum Alltag. Sie verfügen über Verlage, Zeitschriften und Zeitungen, sind mit den rechtsradikalen und altfaschistischen Emigrantenzentren in Westeuropa und in den USA verbunden.

Das Ausmaß der Tätigkeit der ost- und mitteleuropäischen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen sowie ihr Einfluss in Parlamenten, auf Regierungen und in der Gesellschaft sind in der deutschen Öffentlichkeit nicht allzu bekannt. Gegenseitige Informationen, Projekte, Erfahrungsaustausche und gemeinsame Strategien innerhalb der europäischen Linken sind daher dringlicher denn je. Bei allen Gemeinsamkeiten treten die organisierte rechte Intoleranz und Gewalt in Ost- und Mitteleuropa in vielfältigen Formen auf. Als Ultrationalisten geben sich die „Slowenische Nationalpartei“, die „Slowakische Nationalpartei“, die „Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens“, die „Vereinigung für die Republik - Republikanische Partei Tschechiens“, die „Partei der Rumänischen Nationalen Einheit“, die „Union der Nationalisten Litauens“, die „Estnische Nationale Unabhängigkeitspartei“ und der „Kongress der Ukrainischen Nationalisten“. Als faschistisch einzustufen sind die „Polnische Nationale Gemeinschaft - Polnische Nationalpartei“, die „Nationale Wiedergeburt Polens“, die „Neue Tschechische Unionspartei“, die „Ultrarechte Nationale Front der Slowakei“, die „Allianz der Opfer des Kommunismus“ in Ungarn, die „Partei Großrumänien“, die „Serbische Radikale Partei“, die „Liberaldemokratische Partei Russlands, die Partei „Für Lettland“, die „Sozial-Nationale Partei der Ukraine“ und die „Union der Nationalen Unabhängigkeit Litauens“. Daneben existieren in Bulgarien, Rumänien und Polen die Strömung der Klerikalfundamentalisten sowie in der Slowakei, in Bulgarien und Litauen die der Ultrakonservativen. In Polen agiert mit der „Konföderation Unabhängiges Polen“ außerdem eine radikalpopulistische Richtung. Unverkennbar ist, dass im Gefolge des Transformationsprozesses rechtsextremistische Bewegungen in unterschiedlicher Größenordnung und Breitenwirkung in Mittel- und

Osteuropa entstanden sind. Die Einflüsse der westeuropäischen rechtsextremistischen Szene sind ebenso nachweisbar wie der Versuch, soziale Konflikte durch eine Revitalisierung faschistischer, antisemitischer und ultranationalistischer Ideologien aus der Zwischenkriegszeit zu kanalisieren.

Im Zuge der allgemeinen antikommunistischen und nationalistischen Kampagnen seit der Wende 1989 wurden sowohl Führer faschistischer Parteien und Organisationen als auch Kollaborateure Hitlers und Mussolinis als „Patrioten“ im Kampf für Vaterland und gegen die „bolschewistische Gefahr“ rehabilitiert und aufgewertet. Nach dem Muster westlicher Revisionisten und Holocaustleugner wird der Anteil der altfaschistischen Eliten am Massenmord der europäischen Juden und Roma geleugnet. Nationalistische Mythen sind Bestandteile der Systemtransformationen seit 1989 geworden und bilden ein wichtiges ideologisches und politisches Reservoir für Rechtsextremismus, Rassismus, Neofaschismus und Antisemitismus.

### **„Polen den Polen“**

In Polen bestand schon seit den 70er Jahren eine vom Westen unterstützte dissidentische Bewegung, die das nationalistische und antisemitische Erbe von Roman Dmowski und Josef Pilsudski der Zwischenkriegszeit fortführte. Illegal erschienen die antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“, sowie die „Letter of Berman to Zambrowski“ und die „Letter of Goldberg to Urban“, in denen führende polnische Kommunisten als Handlanger einer angeblich jüdischen Weltverschwörung („Zydo-komuna“ - „jüdischer Kommunismus“) diffamiert wurden. Die katholische Kirche trug allgemein zu einer antisemitischen Atmosphäre bei. Es ist nicht nur der Präzedenzfall der Seligsprechung des in Auschwitz ermordeten Pater Maximilian Kolbe (1982), der durch seine antisemitischen Publikationen in den 30er Jahren berüchtigt war; Primas Jozef Klemp schrieb 1984 auch das Vorwort von Dmowski's „Nation und Staat“. Der polnische Klerus unterstützte nicht nur den um Demokratie und Menschenrechte kämpfenden Widerstand, sondern zeitweilig auch rechtsextremistische antikommunistische Gruppen.

Dazu gehört die anfänglich einflussreichste radikalnationalistische Untergrundorganisation *Konföderation Unabhängiges Polen KPN* (seit 1979) mit ihrem „Führer“ Leszek Moczulski (der 1968 zur antisemitischen Fraktion der PVAP gehörte), die die Rundtischverhandlungen 1989 verweigerte und seitdem legal wirken konnte. Sie war Anfang der 90er Jahre eine einflussreiche nationalistisch-populistische Partei und erreichte 1991 8,8 % (1993 5,77%) der

Wählerstimmen und 51 Sitze (1993: 22); sie gehörte 1997 zur rechtskonservativen *Wahlaktion Solidarnosc AWS* und erreichte nur noch sechs Sejmmandate. Ähnliches gilt für die im Zusammenhang mit dem Kriegszustand 1981 gegründete neofaschistische *Polnischen Nationale Wiedergeburt NOP*, die bereits 1988 unter dem Schirm der Warschauer Kirchengemeinde das antisemitische Hetzblatt „Ich bin ein Pole“ mehr oder weniger legal vertreiben konnte. Insofern ist es mehr als absurd, den Neofaschismus und Antisemitismus schlechthin als kommunistisches Erbe zu orten. Das schließt allerdings durchaus die Aufarbeitung des in der polnischen Parteiführung geduldeten und instrumentalisierten Antisemitismus und Antizionismus nicht aus.<sup>51</sup>

Die Systemtransformation legalisierte nicht nur die rechtsradikalen „dissidentischen“ Bewegungen, sondern führte auch zu zahlreichen rechtsextremistischen Neugründungen, die sich auf das „Erbe“ ultranationalistischer und antisemitische Parteien und Bewegungen der Zwischenkriegszeit berufen. So entstand in den 90er Jahren in allen Teilen Polens eine rechtsradikal-nationalistische und neofaschistische Szene von Parteien, paramilitärischen Organisationen, Verlagen, Zeitungen und Musikbands („Rock Against the Commune“, „Zyklon B“) und militanten Skinheadgruppen, die internationale Verbindungen mit Gleichgesinnten in Deutschland, den USA, Österreich, Spanien, Italien, Frankreich und Südafrika pflegen.

Bereits am 1. Mai 1990 fand der 1. Kongreß der polnischen Rechten in Warschau statt, deren wichtigste Organisation damals die *Polnische Nationale Gemeinschaft - Polnische Nationalpartei PWN-PSN* (50 000 Mitglieder) war. Ihr „Führer“ Boleslaw Tejkowski konnte seine Theorie über die „Verschwörung“ der „Judäo-Solidarnosc“ und der „Zydo-komuna“ (ein Pendant zum Nazijargon „jüdisch-bolschewistisch“) verbreiten:

„ Wir gehören zum polnischen Volk, dem slawischen Stamm und der arischen Rasse...Das verpflichtet uns zur Sauberkeit der Rasse und Kultur...Wenn ihr euch in der Polnischen Nationalen Gemeinschaft vereint, vergrößert ihr die Kraft, die dem Juden Walesa und der ganzen jüdischen Regierungs- und Staatsmacht gegenübersteht. Diese antipolnische Macht halst Polen die jüdisch-amerikanische und deutsche Okkupation auf. ...Wir wollen den polnischen Nationalismus, weil nur er Polen und den polnischen Landsleuten Größe sichert, und uns Freiheit, Kraft und Wohlstand.“<sup>2</sup>

1995 wurde Tejkowski lediglich zu zweieinhalb Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Daraus erklärt sich, dass nunmehr die *Partei Polnische Nationale Wiedergeburt NOP (1981)* zum wichtigsten neofaschistischen Sammelbecken wurde. Dessen führender Kopf, Wojciech Cejrowski, sicherlich übertrieben als „polnischer Goebbels“ charakterisiert, trug zur

Neuformierung der rechtsextremistischen Landschaft nicht zuletzt durch seine populistischen Auftritte im Fernsehen („15 Minuten mit W.C.“) und auf Massenkundgebungen bei. Seit 1995 leitet Adam Gmurczyk die in zwölf polnischen Städten (darunter in Warschau, Krakow und Lodz) diese gegenwärtig einflussreichste extremistische Partei außerhalb des Parlaments. Die *NOP* betreibt rassistische Hetze gegen Russen, Roma und Juden. Sie besitzt feste Kontakte zur Vereinigung der europäischen faschistischen Gruppen (*International Thirt Position*). Sie arbeitet eng zusammen mit der rechtsradikalen *Christlich-Nationale Vereinigung ZChN* (4 500 Mitglieder), deren Frontmann Prof. Wieslaw Chrzanowski (1989-1994 Vorsitzender) in einflußreiche Staatsfunktionen gelangte (1989/90 Sejm-Marschall, 1991 Justizminister und Parlamentspräsident). Seit 1996 ist Marian Pilka (Jg. 1954) ZChN-Chef und stellvertretender Vorsitzender der gesamten Rechtskoalition AWS. Er ist antieuropäisch und agiert für ein Bündnis der europäischen Rechten. Seine Partei unterhält Kontakte mit Finis *Alleanzia Nazionale* und der *Forza Italia* und der *Vereinigung für Frankreich* (Charles Pasqua). Zum fundamentalistischen polnischen Nationalkatholizismus gehört Jan Lopuszanski (Jg.1955), der 1999 mit einer ultranationalistischen Fraktion der Christlich-Nationalen Vereinigung die *Polnische Verständigung PP* gründet - eine Art künftige europafeindliche Plattform rechter Splittergruppen wie der aus sieben Abgeordneten der AWS bestehende *Unser Zirkel NK*, *Allpolnische Jugend MW*, *Polnische Familie RP*, die allesamt mit dem seit 1992 bestehenden katholisch-fundamentalistischen Radiosender „Maryja“ (Pater Tadeusz Rydzyk) verbunden sind, der täglich von 600 000 Polen gehört wird.

Der ehemalige Berater und Verteidiger der Solidarnosc, der Jurist Jan Olszewski (Jg. 1930), 1991/1992 polnischer Ministerpräsident, gründete 1992 die rechtsradikale *Bewegung der Republik RdR* und organisierte im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen die rechtsgerichtete Parteienallianz *Bewegung für den Wiederaufbau Polens ROP* (eine Koalition von *RdR* und *Aktion Polen AP*/Antoni Macierewicz), die in den Sejmwahlen 1997 5,56 % der Wähler erreichte und sechs Abgeordnete stellte. Typisch ist die ständige Aufsplitterung des katholisch-fundamentalistischen Lagers: 1998 spaltete sich A. Macierewic von ROP ab (*Katholisch-Nationale Bewegung RKN*).

Zum äußerst rechten Rand des zersplitterten rechten Parteienspektrums zählt die 1991 gegründete rechtsnationalistische *Nationaldemokratische Partei SND*/Jan Zamoyski (Jg. 1912), die sich auf das Erbe Dmowski beruft. Ihr trat auch die *Nationalpartei*/Roman Gertych bei. Zu den Präsidentschaftswahlen 2000 stellten die Ultranationalisten General a.D. Tadeusz Wilecki (Jg. 1945) als Kandidaten (1992-1996 Generalstabschef). Er lehnt den Parlamentarismus ab („Sejmokratie“) und propagierte Hitlers Wohnungsbaupolitik als

beispielhaft für Polen. Sein politischer Einfluss ist mehr als marginal (28 000 Wählerstimmen).

Zu den rechtsradikalen militanten populistischen Organisationen gehören auch die aus der Solidarnosc hervorgegangene *Selbstverteidigung (Samoobrona)*/Andrzej Lepper und die *Solidarnosc 80* (Zygmund Wrzodak). Der militante Bauernführer Lepper brachte in den Präsidentschaftswahlen 2000 mehr als eine halbe Millionen Wähler (3%) hinter sich. Seit 1993 hat auch die intellektuelle Neue Rechte in Polen ihr publizistisches Organ („*Fronde*“).

Der aus der Grünen Partei hervorgegangene Janusz Bryczkowski gründete 1992 eine weitere rechtsextremistische Organisation, *Polnische Nationale Front* PFN (2000 Mitglieder), die eine der militärisch organisierten Jugendorganisation *Polnische Legion*/Cezary Budzinski besitzt.

Die militanten Kader der rechtsextremistischen Parteien, vor allem Skinheads, marschieren ungehindert alljährlich in Gleiwitz zum Hitlergeburtstag auf, attackieren Demonstranten, die der Opfer Pogromnacht 1938 in dieser Stadt gedenken, organisieren Überfälle auf Roma (Mława) oder Vietnamesen (Wrocław), verbrennen anlässlich des polnischen Nationalfeiertags jüdische und deutsche Fahnen, schänden jüdische Friedhöfe und Synagogen. Zwischen 1990 und 1997 organisierten Rechtsextremisten 16 000 Überfälle und ermordeten 50 Menschen.

Aus den Untersuchungen des Soziologischen Instituts der Warschauer Universität geht hervor, dass jeder vierte Afrikaner und Asiate während seines Aufenthalts in Polen Opfer einer solchen Aggression wurde. Diese Gewalttaten ereignen sich - so ein polnischer Journalist - „in einer Gesellschaft, die außerstande ist, die Symptome von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zu verurteilen und vor allem auch effektiv zu bekämpfen.“<sup>3</sup> Einige polnischer Politologen und Soziologen greifen mit ihren Erklärungsversuchen für das Aufkommen des Rechtsextremismus zu kurz: Polen sei auf die zu große Dosis Freiheit nicht vorbereitet gewesen (Jerzy Szacki), geringe Einkommen führten zu geringer Toleranz (Adam Wisniewski), die verdrängten nationalen Probleme seien mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus wieder zum Vorschein gekommen (W. Wiczorek).<sup>4</sup>

Die Ursachen rechtsextremistischer Gewalt sind nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen, dass Politiker der großen Volksparteien, ihre populistischen Führer und auch Vertreter des fundamentalistischen Teils des Klerus die politische Ressource Antisemitismus für Erhalt und Ausbau ihrer Macht seit langem in einem Land fast ohne jüdische Mitbürger nutzen und wieder einen Sündenbock für ihre verfehlte Politik gefunden haben. Solidarnoscführer Lech

Walesa erklärte im Präsidentenwahlkampf 1990 mit deutlichen Bezug auf seinen Rivalen Mazowiecki, dass er ein „reinrassiger Pole“ sei und dies mit Dokumenten bis hin zu seinen Urgroßeltern belegen könne.<sup>5</sup> Der Prälat der Brigittenkirche in Danzig und ehemalige Seelsorger Walesas, Henryk Jankowski, forderte in einer Predigt, dass es der jüdischen Minderheit nicht gestattet werden dürfe, Regierungsfunktionen (wie das Außenministerium durch Bronislaw Geremek) zu übernehmen, denn man dürfe nicht vergessen, „dass die Machtergreifung Adolf Hitlers und ihm ähnlicher Verbrecher auf einen raffinierten Plan von Bankiers und Finanzleuten beruhte, die sehr häufig jüdischer Herkunft waren.“<sup>6</sup> Zwar wurde der antisemitische Geistliche nach längeren Auseinandersetzungen 1997 vom Amt suspendiert, aber Primas Jozef Glemp erklärte dennoch: „Dies ist ein Mensch, der Kirche und Vaterland liebt, aber vielleicht auf andere Art.“<sup>7</sup> Die antisemitische und fremdenfeindliche Rhetorik reicht bis in die etablierten Parteien hinein. Der Rechtsstaat erlaubt mehr oder weniger faschistische Propaganda. Obwohl für Auschwitzleugner bis zu drei Jahre Haft vorgesehen ist, konnte das Buch mit Aufsätzen von Holocaustleugnern des Opoler Universitätsdozenten Dariusz Ratajcyk erscheinen, ja sogar neu aufgelegt werden, da der Autor im Vorwort sein Anliegen umkehrte.

Analysiert man die Ergebnisse der Parlamentswahlen, so könnte der Eindruck entstehen, dass der Anteil der rechtsradikalen Parteien im Sejm rückläufig ist: von 97 (1991) auf 6 (1997) Abgeordnete. Das täuscht, denn viele ihrer Vertreter haben in der derzeitigen Regierungskoalition (*Wahlaktion Solidarnosc*) Unterschlupf gefunden. Einfluss auf die Entfaltung der rechtsextremistischen Szene nehmen Politiker aus dem rechtskonservativen Lager und den klerikalen Fundamentalisten. Sie schüren vor allem während der Wahlen antisemitische und fremdenfeindliche Stimmungen. Im Einvernehmen mit klerikalen Fundamentalisten und Ultrationalisten. Sie tolerieren Neonazis, und wollen ihnen die „Freiheit weltanschaulicher Bekenntnisse“ nicht verwehren. Zu Recht kam Macej Luczak schon 1997 zum Schluss, dass hinsichtlich ihres antisemitischen und fremdenfeindlichen Weltbildes sich ein „integralistisch denkender Katholik, ein Skin mit kahlgeschorenem Schädel sowie ein Funktionär der Bauernpartei einig“ seien, nämlich dass die polnische Erde den Polen gehöre.<sup>8</sup> Polizei und Staatsschutz lösten erstmals im Herbst 2000 eine Veranstaltung von 300 Neonazis im masurischen Paslek auf.

### ***Rassismus und Rechtsetremismus in Tschechien***

In der Stellungnahme der Europäischen Kommission zum Antrag Tschechiens auf Beitritt zur EU vom 17.1.1996 wurde bezüglich der Minderheitenpolitik festgestellt, dass „keine

größeren Probleme bei der Wahrung der Grundrechte“ bestünden. Lediglich „die Diskriminierung der Roma, insbesondere infolge der Anwendungsweise des Staatsangehörigkeitsgesetzes“ stelle „ein Problem dar.“ Hauptsorge der EU-Gremien war damals, der „weiteren Ausweitung des Gesetzes zum Ausschluß von Mitgliedern des früheren Sicherheitsdienstes und von aktiven Mitgliedern des kommunistischen Regimes besondere Aufmerksamkeit“<sup>9</sup> zu schenken.

Die Messlatte der politischen Kriterien von Kopenhagen (1993) waren nicht bezogen auf rechtsextremistische, neofaschistische und rassistische Parteien wie die seit 1989 agierende *Vereinigung für die Republik/Republikanische Partei SPR/RSC* (25 000 Mitglieder).

Immerhin erreichten Republikaner im Ergebnis ihres Antikommunismus und ihrer rassistischen Hetze gegen Roma, Deutsche und Juden mit ihrem „Führer“ Miroslaw Sladek (einem Mitarbeiter des ehemaligen Tschechischen Amtes für Presse und Information) beachtliche Wahlerfolge: Die extrem nationalistische und fremdenfeindliche Partei wurde 1992 von 5,98% der Wahlberechtigten gewählt und konnte zwischen 1992 und 1998 ihre Abgeordneten von 14 auf 18 (bei 200 Parlamentssitzen) erhöhen. Ihren größten Einfluss haben die Republikaner unter jungen Männern mit Grundschulausbildung (ohne Berufsausbildung) in den deindustrialisierten Gebieten Nordböhmens und Nordmährens, wo zudem die Roma einen überdurchschnittlichen Bevölkerungsanteil bilden. Die Rechtsextremisten ermordeten zwischen 1990 und 1997 27 Roma. Es gab bis dahin weder seitens der konservativen Klaus-Regierung Regierung noch der EU Reaktionen.

Wo liegen die Ursachen für die wachsende rechtsradikale Gewalt und die immer stärkere Ausgrenzung der Romabevölkerung Tschechiens?

Zweifelsohne bildet der soziale und ökonomische Transformationsprozeß, die damit einhergehende Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung in den nordböhmischen Industrieregionen einen Nährboden für Intoleranz, rechte Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Gewiss spielen auch die Defizite hinsichtlich der gesellschaftlichen Integration der Romabevölkerung keine unwesentliche Rolle. Obwohl die Charta 77 die Mängel des sozialistischen Bildungswesen in der damaligen CSSR für die Defizite bezüglich der Gleichberechtigung der Roma anprangerte, haben gerade die an die Macht gelangten Dissidenten wenig auf diesem Gebiet geleistet. Von den negativen sozialen und bildungspolitischen Folgen der Transformation sind in erster Linie die Roma betroffen. Die UNO-Kommission zur Eliminierung rassistischer Diskriminierung stellte nach einem Jahrzehnt des Übergangs zur bürgerlichen Gesellschaft fest, dass 75 Prozent der Roma-Kinder Sonderschulen für geistig zurückgebliebene Schüler zum Teil ohne sachliche Begründung und gegen den Willen der Eltern besuchen müssen.

Auch das European Roma Rights Center kam zum Ergebnis, dass in Ostrava jedes zweite Romakind eine Sonderschulausbildung erhält. Diese Segregation ist die Grundlage für die geringen beruflichen Chancen und die sich daraus ergebende sozialökonomische Ausgrenzung in einer freien Marktwirtschaft. Die Arbeitslosenquote der Roma liegt im Landesdurchschnitt bei 70 Prozent, in Industriezentren wie Ostrava erreichte sie sogar 90 Prozent. Trotz der tschechischen Charta 1991 ist ein beträchtlicher Teil der Roma politisch ausgegrenzt. Die rechtsextremistischen Gewalttaten sind wohl eher der Art und Weise des Systemwechsels geschuldet als dem realsozialistischem Erbe. Mit staatlichen Trennung der Tschechoslowakei wurden Hunderttausende Roma über Nacht staatenlos, denn die tschechische Regierung verweigerte ihnen vorerst die Staatsbürgerschaft. Hinzukommt, dass einstige Dissidenten durch ihre öffentlichen Erklärung die feindselige Atmosphäre gegen die Roma aufheizen. Ludvik Vaculik, der durch seine freiheitliche Gesinnung im Prager Frühling bekannt geworden war, forderte Roma-Reservate. Als er auf öffentliche Kritik stieß, rechtfertigte er sich wie folgt: „Ich sagte, dem Zigeuner ist die Pressefreiheit gleichgültig, denn was er braucht ist die Freiheit des Zigeunerlebens: Darin besteht für ihn die Gleichberechtigung. Familien, die ihren Lebensunterhalt vom Kindergeld bestreiten, leben parasitär. ...Die heutige Zuspitzung dieser Frage gibt uns das Recht, von den Roma eine Entscheidung zu verlangen. Entweder werden sie unter uns in unseren Häusern nach unseren Normen leben oder sich ihr Leben nach ihrer Natur einrichten; dann aber nicht in den Stockwerken unseres Hauses, sondern in der Nachbarschaft.“<sup>10</sup>

In dieser fremdenfeindlichen Atmosphäre war es nicht verwunderlich, dass die städtischen Behörden in Usti nad Labem die Ghettoisierung der Roma tatsächlich 1998/99 organisierten: Die Polizei sperrte im Stadtteil Nestemice die Mietskasernen der Roma zu der von Tschechen bewohnten Siedlung durch Stacheldraht ab und nachfolgende Bauarbeiter errichteten eine 65 Meter lange und 1,80 Meter hohe Mauer. Der Oberbürgermeister der nordmährischen Industriestadt, der diese Schandmauer als Symbol von „Recht und Ordnung“ pries, verweigerte zunächst eine Ortsbesichtigung für die Arbeitsgruppe für Roma-Fragen des Europa-Rates. Erst als daraus ein internationaler Skandal wurde und sich die Zahl der in Großbritannien um asylsuchenden Roma von 1998 auf 1999 verdoppelte (1 200 Personen) setzte die Kritik der EU ein, so dass die Regierung Tschechiens - auch angesichts eines raschen EU-Beitritts - einen Kurswechsel ihrer Roma-Politik versprach. Der Wiener Politikwissenschaftler und Berater am European Rom Rights Center in Budapest, Stephan Müller, wohl wissend, dass die Roma weder eine internationale Lobby noch einen eigenen Staat besitzen, beurteilte die in Tschechien besonders sichtbar gewordenen Probleme treffend:



„Im Zusammenhang mit den Beitrittsgesuchen Tschechiens zur Europäischen Union hat die Fluchtbewegung der Roma und nicht ihre Diskriminierung die Situation der Roma in Tschechien zu einem Thema der europäischen Politik werden lassen. Damit eröffneten sich der Europäischen Union zwar auch Möglichkeiten, verstärkten Einfluss für eine Verbesserung der Lage der Roma in Tschechien auszuüben, aber bisher wurden diese Möglichkeiten noch nicht genutzt. Wie die demokratisch gewählten Regierungen Tschechiens zehn Jahre Zeit hatten, Maßnahmen für eine Verbesserung der Lage der Roma durchzuführen, so hatte es auch die Europäische Union lange versäumt, diese Maßnahmen einzufordern. Der eigene Rassismus gegenüber den Roma und die Angst vor Flüchtlingen führt in Westeuropa dazu, dass vor der prekären Lage der Roma die Augen verschlossen werden. Das Eingeständnis der tatsächlich ausweglosen Lage der Roma in der Tschechischen Republik wie auch in anderen Ländern Mittel- und Südosteuropas würde von den Ländern Westeuropas einfordern, die Roma als Flüchtlinge anzuerkennen und aufzunehmen sowie den Blick auf die schlechte Lage der Roma auch in Westeuropa zu lenken.“<sup>11</sup>

### ***Nationale Identitätsfindung und Antisemitismus in Ungarn***

Der Transformationsprozeß in Ungarn schien anfänglich von rechtsextremistischen Parteien und Organisationen verschont zu bleiben. Das rechtsextremistische Potential konzentrierte sich vorerst in der 1990 an die Staatsmacht gelangten Bürgerbewegung, des rechtskonservativen *Ungarischen Demokratischen Forum UDM* unter dem Vorsitz von Regierungschef Jozef Antall. Mit dem Zerfall der UdSSR und des sowjetischen Blocks witterte die nationalistische Rechte Morgenluft: Sie rechnete mit der Aufhebung der Weltordnung von Jalta und nutzte die Erinnerung an den 50. Jahrestages der Niederlage der Horthy-Armee am Don. Der bekannte Schriftsteller Istvan Csurka, Vizevorsitzender des vom Westen hofierten UDM glosierte die faschistische Armee Horthys als wahre nationale Kraft gegen die bolschewistische Gefahr und forderte eine Revision der in Trianon und Jalta festgelegten ungarischen Grenzen. Das von ihm verfasste Pamphlet „Einige Worte zum Systemwechsel“ vom August 1992 löste eine antisemitische und nationalistische Kampagne aus. Das größte Unglück bestünde darin - so der Schriftsteller - dass das internationale jüdische Finanzkapital mit der gewendeten kommunistischen Nomenklatura zum Nachteil der ungarischen Nation zusammenarbeite. Er gründete mit 29 Abgeordneten der Regierungspartei eine rechtsextremistisch-völkische *Partei der Ungarischen Wahrheit und des Lebens MIEP*. Sie propagiert ein Großungarn in den Grenzen vor Trianon, organisierte zu diesem Zweck 1995 eine revanchistische Großkundgebung und gab u.a. im Parlament dem ungarisch-

ukrainischen Vertrag 1994 nicht die Zustimmung. Die MIEP wurde zunächst als außerparlamentarische Partei zum Sammelpunkt rechtsextremistischer Gruppen und mit ihnen verbundenen Skinheadbanden (4000 Mitglieder und 160 000 Sympathisanten). Sie erreichte als ultranationalistische Partei 1998 (mit 14 von 328 Sitzen) den Einzug in das Parlament. Hitlers „Mein Kampf“ ist trotz der Anzeige der Jüdischen Kultusgemeinde frei erhältlich, herausgegeben in englischer Sprache von einem britischen, aber auch in ungarisch von einem einheimischen Verlag. Die „*Vereinigung der Opfer des Kommunismus*“, die sich offen als Nachfolger der faschistischen Pfeilkreuzlerbewegung bekennt, verbreitet antisemitisches und nationalistisches Propagandamaterial und sendet Drohbriefe an jüdische Bürger. Ihr „Führer“ György Ekrem wurde lediglich zu zwei Jahren Freiheitsentzug verurteilt, weil er zum Sturz der Regierung aufrief. Die von dem aus Australien zurückkehrten Albert Szabo 1993 gegründeten *Wohlfahrtsallianz des ungarischen Volkes* sieht sich als Nachfolgepartei der faschistischen Pfeilkreuzler (Szalasi).

Zu den Holocaust-Relativierern gehören auch namhafte Persönlichkeiten der gegenwärtigen konservativen Regierung wie die Beraterin des Ministerpräsidenten Orban, die Historikerin Maria Schmidt. Sie schließt sich den auch in Deutschland bestehenden Historikerstreit an, in dem sie Auschwitz und Gulag gleichsetzt und den Holocaust als eine Randerscheinung in der Geschichte des 2. Weltkrieges ansieht. Auch die Justizministerin wies das Ansinnen zurück, Holocaust-Leugner zu bestrafen, denn der Massenmord an den Juden sei nur eine Frage der Moral, da das Gedächtnis der Gesellschaft nicht auf Verboten und Sanktionen beruhen dürfe. Das Europäische Komitee gegen Rassismus und Intoleranz - ein Exekutivorgan des Europarates - machte auf den latenten Antisemitismus in Ungarn aufmerksam. Infolge von „Gesetzeslücken“ des Rechtsstaates konnten ungarische und ausländische Neonazis ungehindert öffentlich aufmarschieren; so im Februar 1999 anlässlich des 54. Jahrestages des Ausbruchs der Waffen-SS und ungarischen Horthyeinheiten aus dem von der Sowjetarmee eingekesselten Budapest. Es gehört zum ungarischen Alltag, der „Patrioten“ des Horthyregimes zu Gedenken und sie zu rehabilitieren.

Erst der ruchbar gewordene Fall von Polizeiwillkür gegen Roma in Hajduhadhaza führte dazu, dass die OSZE auf die Untersuchung rechtsextremistischer Ausschreitung von Staatsdienern drängte. So wurden 1999 45 Polizisten wegen Mißhandlung angeklagt, aber nur 15 vom Dienst suspendiert. Wolfgang Benz charakterisierte das Aufkommen des Antisemitismus und Nationalismus in Ungarn wie folgt: „In Ungarn zeigt sich die politische Funktion des Antisemitismus bei der nationalen Identitätsfindung, die immer noch vom Trauma des Vertrages von Trianon bestimmt ist, vielleicht noch deutlicher als in anderen

europäischen Staaten. Auch wenn man das Phänomen in Ungarn nur als kulturellen Antisemitismus, als latent oder kodiertes Vorurteil versteht, so ist seine sowohl eine ausgrenzende als auch Gemeinschaftsgefühl stiftende Wirkung erheblich. Beim Versuch, eine staatstragende Mittelschicht, die christlich definiert und von magyarischem Volkstum geprägt ist, zu etablieren, spielt der Antisemitismus eine wesentliche Rolle. Bei Restituierung des nationalen Selbstgefühls in Ungarn mit Hilfe des Antisemitismus findet man...in Reden prominenter Politiker, dem Gründungsmitglied des regierenden Ungarischen Demokratischen Forums ...und in Artikeln der regierungsnahen Presse.“<sup>12</sup>

Die Verantwortung der deutschen Demokratie gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Neonazismus ist unbestritten und bleibt auch weiterhin eine der zentralen politischen Aufgaben im sich vereinigenden Europa; zumal die in Deutschland und Westeuropa verbreiteten Denkschemata (Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus, Realsozialismus und Faschismus) bei politische Eliten vor allem Rechts von der Mitte eine Art Vorbildfunktion haben. Dringlicher als je zuvor ist der Zusammenschluß der Demokraten gegen die verschiedenen Erscheinungen des europäischen Rechtsextremismus und Neofaschismus.

---

<sup>1</sup> Beate Kosmala: Die Vertreibung der Juden aus Polen 1968, Berlin 2000

<sup>2</sup> Zitiert nach: A. Friszek: Fragen nach dem polnischen Nationalismus. In: Wiew, Nr.11/1993, S.74ff.; vgl. auch B. Tejkowski: Walka o Polske (Kampf um Polen), Warszawa 1994

<sup>3</sup> Wprost, 23.22.1997, S. 27

<sup>4</sup> Vgl. Wiew, Nr.11/1993, Polytika 23.11. 1996, S. 3

<sup>5</sup> Gazeta Wyborcza vom 19.10.1990

<sup>6</sup> Zitiert nach Wprost vom 16.11.1997, S. 24f.

<sup>7</sup> Wprost, 16.11.1997, S. 24

<sup>8</sup> Wprost, 23.11.1997, S.27

<sup>9</sup> Stellungnahme der Kommission zum Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union. In: Bulletin der Europäischen Union, Brüssel 1997, Beilage 14/1997, S. 90ff.

<sup>10</sup> Ludvik Vaculik in Respekt, 31, 10.-6.11.1994, S.14.

<sup>11</sup> Stephan Müller: Keine Zukunft für Roma. In: Ost-West-Gegeninformation, 11 .Jg. 3/1999, S. 18.

<sup>12</sup> Wolfgang Benz: Tradition und Traum: Wiederbelebter Antisemitismus in Osteuropa. In: Antisemitismus in Osteuropa. Herausgegeben von Marianne Hausleitner und Monika Katz, Berlin 1995, S.28